

gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die eigene institutionelle Unabhängigkeit zu wahren. Wilhelm analysiert, wie stark der kirchliche Einfluss in die CDU hineinreichte, und arbeitet das Vorgehen von sowjetischer Besatzungsmacht und KPD/SED heraus, die mittels der „Differenzierung“ so genannte „fortschrittliche Kräfte“ gegen ihnen missliebige „reaktionäre“ Pfarrer unterstützten. Erfolge stellten sich jedoch nur in Einzelfällen ein und sind für die fünfziger Jahre, wie am Beispiel des Probstheidaer Pfarrers Rausch deutlich gemacht wird, für das SED-Regime durchaus ambivalent zu bewerten. Der aus den MfS-Akten und anderen Quellen umfassend rekonstruierte Fall „Rausch“ ist für die gesamte Kirchenpolitik der DDR von Bedeutung.

Das innerkirchliche Leben und die einzelnen Gruppierungen der Pfarrer werden mit biographie- und strukturgeschichtlichen Methoden untersucht. Dies lässt die Atmosphäre der politischen Auseinandersetzungen lebendig werden und unterstreicht, dass der Vf. sowohl die Auswertung umfangreicher Aktenbestände beherrscht als auch die Ergebnisse der Zeitgeschichtsforschung zur Beurteilung von Resistenz, Opposition und Widerstand gegen die NS- und SED-Diktatur berücksichtigt. – Neben einem umfangreichen Anmerkungsapparat erschließt ein Personenregister mit den wichtigsten biographischen Angaben zu den im Text behandelten Personen den Band.

Auf den engeren kirchlichen Bereich beschränkt, ist die Untersuchung nicht nur in stadt- und landespolitische Zusammenhänge eingebettet, sondern bezieht auch die überregionale Ebene mit ein. Wilhelm leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Funktionsweise der beiden deutschen Diktaturen auf kirchenpolitischem Gebiet und beantwortet überzeugend die Frage nach dem Handlungsspielraum der evangelischen Kirche unter den Bedingungen der NS-Herrschaft und der auf sowjetischer Besatzungsherrschaft begründeten SED-Diktatur. Ausmaß und Methoden, mit denen NSDAP, SMAD und SED sowie die jeweiligen staatlichen Stellen und Geheimdienste die evangelische Kirche unter Druck setzten, werden im Detail sichtbar gemacht. Umfassend wird mit einheitlichen Fragestellungen für den Diktaturvergleich analysiert, mit welchen Methoden die jeweils Herrschenden die Opposition innerhalb der evangelischen Kirche ausschalteten.

Es ist der Verdienst Georg Wilhelms, mit dem Instrumentarium des Diktaturvergleichs gleichermaßen die Intentionen und die Realität totalitärer Herrschaftsausübung während der NS- und der SED-Diktatur überzeugend herausgearbeitet zu haben. Die Befunde haben weit über den örtlichen Rahmen Leipzigs hinaus Bedeutung für die Zeitgeschichtsforschung. Georg Wilhelms Arbeit setzt Maßstäbe und bildet eine unverzichtbare Grundlage für weitere vergleichende Forschungen zur Geschichte der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Berlin

Stefan Donth

Die Partei der Diktaturdurchsetzung: KPD/SED in Sachsen 1945–1952, hrsg. von MIKE SCHMEITZNER/STEFAN DONT (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 21), Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2002. – 631 S. (ISBN: 3-412-07702-X, Preis: 54,00 €).

Diktaturdurchsetzung in Sachsen: Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, hrsg. von RAINER BEHRING/MIKE SCHMEITZNER (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 22), Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2003. – 478 S. (ISBN: 3-412-14802-4, Preis: 44,90 €).

Beide Bände sind aus einem Forschungsprojekt des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts zum Thema „Sachsen unter totalitärer Herrschaft. Diktaturdurchsetzung, Diktaturformen, Diktaturerfahrung 1933–1961“ hervorgegangen, das die Volkswagenstiftung im Rahmen ihres Themenschwerpunkts „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“ mehrere Jahre gefördert hat. Das Projekt verstand sich von Beginn an nicht primär als ein Beitrag zur sächsischen Landesgeschichte, sondern zum Diktaturvergleich, wobei Sachsen als Modell „für die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehnisse und Strukturen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der frühen DDR“ verstanden wurde (Behring/Schmeitzner, S. 8). Diese paradigmatische Bedeutung ergibt sich sowohl aus dem demographischen und ökonomischen Potential des Landes und seiner Vergangenheit als einer Hochburg der Arbeiterbewegung als auch aus der Rollenzuweisung durch die sowjetische Besatzungsmacht: Sachsen hatte für sie eine Vorreiterfunktion bei der Schaffung eines kommunistischen Machtmonopols. Das dokumentierten der Volksentscheid über die Enteignung von Industriebetrieben ebenso wie die ersten Gemeindewahlen in der SBZ am 1. September 1946 oder die Einrichtung diverser Organe der Inneren Verwaltung, die Vorbild für die gesamte Zone werden sollten.

Diesen Prozess umschreiben die Autoren und Herausgeber mit dem Begriff der „Diktaturdurchsetzung“, der die Entwicklung besser erfassen soll als die konkurrierenden Termini „Sowjetisierung“, „Stalinisierung“, „Machtsicherung“, „Transformation“ oder „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“. Als wesentliche Vorteile werden hervorgehoben, dass „Diktaturdurchsetzung“ sich sowohl – wegen seiner allgemeinen Bedeutung – für einen umfassenden diachronen und synchronen Diktaturvergleich eigne als auch „über eine größere Trennschärfe [verfüge] als ‚Sowjetisierung‘ oder auch ‚Stalinisierung‘, gerade weil er einen allgemeineren Charakter [trage] und es deshalb [ermögliche], neben fremdinduzierten Elementen, die vom Vorbild Sowjetunion oktroyiert oder freiwillig übernommen wurden, etwaige indigene, vielleicht sogar ‚typisch deutsche‘ Aspekte der KDP-/SED-Herrschaft empirisch zu ermitteln“ (Behring/Schmeitzner, S. 11). Die gegen die alternativen Begriffe angeführten Einwände sind durchaus zutreffend. Ebenso ist nur zuzustimmen, wenn auf das Zusammenspiel exogener und autochthoner Faktoren bei der Etablierung der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR verwiesen und festgestellt wird, dass „eine Diktatur ... nicht aus dem Nichts und von ungefähr [entstehe], sie muss bewusst und gegen Widerstände durchgesetzt werden“ (Behring/Schmeitzner, S. 15). Ob sich dies jedoch am besten auf den hier favorisierten Begriff „Diktaturdurchsetzung“ bringen lässt, erscheint zumindest noch diskussionswürdig: Er hat nicht nur eine starke teleologische Konnotation – die sich vielleicht zumindest in diesem Stadium der noch vielfach defizitären Forschung eher verbieten sollte –, sondern vernachlässigt auch die Frage, inwieweit es allen beteiligten Kräften wirklich um die Herstellung einer Zwangsherrschaft ging. So mag sich „Diktaturdurchsetzung“ als heuristischer Begriff eignen, ohne dass er bereits apodiktische Gültigkeit verlangen kann. Diese Einschränkung ändert indes nichts daran, dass beide Bände dem von den Autoren bzw. Herausgebern selbst erhobenen Anspruch, archivgestützte historische Grundlagenforschung zu betreiben und die nach wie vor großen Erkenntnislücken durch aus den Quellen erarbeitete empirische Fallstudien schließen zu helfen, auf hervorragende Weise erfüllen.

Die Studie von Schmeitzner und Donth gliedert sich in drei Teile: Ein erster Teil (Kap. II bis IX) behandelt den Zeitraum bis zur Gründung der SED im April 1946; daran anschließend untersucht der zweite Teil (Kap. X bis XII) die Entwicklung bis zur Auflösung des Landes Sachsen und des Landesverbandes der SED 1952; ein dritter Teil (Kap. XIV) bricht schließlich mit diesem chronologischen Schema und analysiert die sich verändernden Strukturen der KPD/SED für den gesamten Zeitraum im histo-

rischen Längsschnitt. Ausgewertet wurde eine beeindruckende Fülle vor allem auch unveröffentlichter Quellen sowohl aus russischen als auch aus deutschen Archiven. Auf dieser breiten Quellenbasis zeichnen die Autoren den Prozess der Monopolisierung des politischen Entscheidungsprozesses durch die KPD/SED im Zuge einer parallelen Ausschaltung konkurrierender gesellschaftlicher Kräfte mit Hilfe der SMAS ebenso detailreich wie spannend nach. Hierbei arbeiten sie im Verhältnis von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten drei Phasen heraus: Von Kriegsende bis Anfang 1946 verfügte die KPD über einen größeren Handlungsspielraum, weil sich die SMAS noch installieren und orientieren musste. Diese übernahm jedoch dann in einer zweiten Phase, die von 1946 bis 1948 reichte, klar die Initiative. Erst ab 1948/49 erhielt die neue sächsische Staatspartei SED wieder größere Kompetenzen zugewiesen. Damit ist zumindest implizit auch bereits gesagt, dass es keineswegs eine durchgehende Interessenidentität zwischen diesen beiden Kräften gab, sondern dass sie im Rahmen des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses zeitweise durchaus divergierende Ziele verfolgten: Während sich die sowjetische Besatzungsverwaltung zunächst noch eine gesamtdeutsche Option offen hielt – ohne dass dies für die Autoren mit einer von Wilfried Loth unterstellten Demokratisierungsbereitschaft der sowjetischen Führung einhergegangen wäre –, zählte für die KPD von Beginn an nur die Durchsetzung ihrer kommunistischen Ziele und die Herstellung eines „Sowjetdeutschland“ in der Tradition des mitteldeutschen Aufstands von 1921 und des „Deutschen Oktober“ 1923. Harmonisieren ließen sich diese unterschiedlichen Konzepte durch ein Zwei-Stufen-Programm zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft: In einer ersten Phase wurde zunächst noch eine „simulierte Demokratie“ praktiziert – also der pluralistische Schein gewahrt –, bis sich dann in einer zweiten Phase die faktische Führungsrolle der KPD/SED und deren Parteidiktatur endgültig manifestierten.

Der Reiz des Sammelbandes von Behring und Schmeitzner liegt in der breiten Palette der angeschnittenen Themen, die zumeist auf eine Tagung des HAIT von Ende November 2001 in Dresden zurückgehen. Sie sind in fünf Blöcken geordnet: I. Die Sowjetische Besatzungsmacht (mit Aufsätzen von GERHARD WETTIG, JOHANNES RASCHKA und JÖRG MORRÉ); II. Politische Parteien und Organisationen (mit Beiträgen von STEFAN DONT, RALF THOMAS BAUS, THOMAS SCHAARSCHMIDT); III. Die Verwaltung als Instrument kommunistischer Herrschaft (mit Studien von ANDREAS THÜSING, MIKE SCHMEITZNER, THOMAS WIDERA und MICHAEL PARAK); IV. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung (mit Aufsätzen von WINFRID HALDER, WOLFGANG TISCHNER, und RAINER BEHRING); V. Zur Interdependenz von innergesellschaftlichen Umbrüchen und internationaler Politik (mit einem Beitrag von KLAUS-DIETMAR HENKE). Die verschiedenen Studien belegen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, doch im Ergebnis weitgehend übereinstimmend die sukzessive und durchaus geplante Durchsetzung des kommunistischen Machtmonopols in der SBZ/DDR, die überwölbt und vorangetrieben wurde durch die rasche Entfremdung der Siegermächte und den sich ausbildenden Ost-West-Konflikt auf internationaler Ebene bereits im ersten Jahr nach Kriegsende – eine Entwicklung, die der ehemalige britische Kriegspremier und nunmehrige konservative Oppositionsführer Winston Churchill bereits Anfang März 1946 mit dem Wort vom „Eisernen Vorhang“ zwischen West- und Osteuropa pointierte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide Bücher einen wichtigen Beitrag zur Darstellung und Erklärung der Etablierung einer kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nach 1945 leisten. Zukünftigen Studien bleibt nicht nur weitere Detailforschung vorbehalten, sondern auch die Fortführung der eindrucksvoll begonnenen und offensichtlich fruchtbaren Einordnung der am Modell Sachsen gewonnenen Einzeler-

kenntnisse in den größeren Kontext der gesamten SBZ/DDR sowie in die sächsische und deutsche Zeitgeschichte. Erst dann lassen sich auch die von Behring und Schmeitzner aufgeworfenen Grundsatzfragen wirklich beantworten: Gab es in Sachsen besonders günstige Bedingungen und Voraussetzungen für eine Diktatur – sei sie nun nationalsozialistischer oder kommunistisch-sozialistischer Prägung? Bestand generell eine deutsche Prädisposition für die KPD-/SED-Herrschaft, aber auch für Diktaturen allgemein, und wie erklärte sie sich? Die Virulenz dieser Fragen ist unbestritten, sie belegt gleichzeitig die Relevanz einer kritischen, methodisch zeitgemäßen und multiperspektivischen Landesgeschichtsschreibung für die weitere Erforschung des gerade aus deutscher Perspektive so bedrückenden und verhängnisvollen „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm).

Dresden

Reiner Marcowitz

MARKUS WUSTMANN, Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. Experimentierfeld kommunistischer Hochschulpolitik in der SBZ und frühen DDR (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe B, Bd. 4), Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2004. – 181 S. (ISBN: 3-374-02174-3, Preis: 24,00 €).

Durch den Befehl Nr. 333 der SMAD vom 2. 12. 1946 wurden an den Universitäten Rostock, Jena und Leipzig Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten zur „Ausbildung qualifizierter Kader für die Arbeit in staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Einrichtungen und Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ gegründet. Markus Wustmann untersucht dieses bisher wenig bearbeitete Kapitel der Hochschulgeschichte nach 1945 an der Universität Leipzig im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten einer Magisterarbeit. Neben der Literatur wurde umfangreiches Archivmaterial benutzt, allerdings unterblieb wohl aus Zeitgründen die Befragung von ehemaligen Studenten. Der Darlegung des allgemeinen politischen und hochschulpolitischen Hintergrundes folgen Kapitel über die Geschichte der Fakultät bis zu ihrer Auflösung 1951, über deren Aufbau, den Lehrkörper, die Studentenschaft, Prüfungswesen und Graduierungen.

Dass die neue Fakultät dem „historischen Fortschritt“ im Sinne des Marxismus-Leninismus dienen und diesem an den Hochschulen zum Durchbruch verhelfen sollte, wurde schon mit den praktischen Maßnahmen zur Durchsetzung des Befehles deutlich. Deshalb waren die Möglichkeiten des Rektors und des akademischen Senats gegen diesen Vorstoß der Administration, traditionelle Gepflogenheiten der Universität zu wahren, gering.

Für das zunächst auf zwei Jahre festgelegte Studium wurden nach einer gründlichen Vorauswahl unter politischen Gesichtspunkten Kandidaten über 25 Jahre mit einer einjährigen beruflichen Praxis immatrikuliert. Nur 20 % dieser Studenten hatten ein Abitur. Ihr Altersdurchschnitt lag anfangs bei 29 Jahren. Sie erhielten ein Sonderstipendium in Höhe von 250,-M, im zweiten Jahr von 300,-M. Es ersetzte bei den meisten den bisher bezogenen Arbeitslohn. Als 1949 die Neugründung mit der aus der Handelshochschule hervorgegangenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät verschmolz, kamen mehr und mehr jüngere, „normale“ Studenten mit dem Abschluss der höheren Schule.

Die Hochschullehrer waren Praktiker oder „Außenseiter“, zwar mit akademischen Graden aber einer geringen Sozialisation im akademischen Milieu. Bei einem traditionellen Berufungsverfahren hätten sie keine Chance gehabt. Sie soziologisch als „Doppel-